

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe November 2015

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

Inhalt dieser Ausgabe

- [Arbeitsbündnis 'Kein assistierter Suizid in Deutschland': "Ein beispielloser Wertbruch"](#)
- [A. Unzicker, P. Vonnahme: Vermutung statt Tatsachen: Das Strafrecht auf einem gefährlichen Weg](#)
- [Zeit-Fragen: Bargeldverbot – der Weg in den Vormundschaftsstaat](#)
- [Harald Schumann: Im Steuerparadies Deutschland](#)
- [US-Friedensrat: Offener Brief des US-Friedensrates an die globale Friedensbewegung](#)
- [Daniele Ganser: "Eine große Frage ist, ob Saudi Arabien stabil bleibt"](#)
- [Volker Bräutigam: MH17 und die westliche Wertegemeinschaft](#)
- [Rainer Rupp: Tiefschläge für Washington](#)
- [Mehr Demokratie: Eine Erfolgsgeschichte: 20 Jahre Bürgerentscheide in Bayern!](#)
- [Rudolf Fußi: Diese EU ist nicht gefährdet, sie ist tot](#)

Zitat des Monats von [Papst Franziskus in seiner Rede vor der UN:](#)

Die Regierenden müssen alles tun, was möglich ist, damit alle die minimale materielle und geistige Grundlage haben, um menschenwürdig zu leben und eine Familie zu gründen und zu unterhalten; die Familie ist ja die Urzelle jeder sozialen Entwicklung. Dieses absolute Minimum hat auf materiellem Gebiet drei Namen – Wohnung, Arbeit und Land – und auf geistigem Gebiet einen: geistige Freiheit, welche die Religionsfreiheit, das Recht auf Bildung.

- Arbeitsbündnis 'Kein assistierter Suizid in Deutschland': **"Ein beispielloser Wertebruch"**

Am 06.11.2015 wurde im Deutschen Bundestag über die "rechtlichen Rahmenbedingungen für Sterbebegleitung bzw. Sterbehilfe" abgestimmt. Der Gesetzesentwurf der Abgeordneten Brand/Griese u.a., der auch als sogenannter "Weg der Mitte" bezeichnet wurde, erhielt in der Abstimmung die meisten Stimmen und wurde angenommen ([Plenarprotokoll 18/134](#), S. 13102).

Es ist erschütternd, dass - 70 Jahre nach Kriegsende – der Deutsche Bundestag diesem Gesetzesentwurf zugestimmt hat, der Ärzten die Möglichkeit gibt, "über das Ende von Leben zu entscheiden." ([Plenarprotokoll 18/115](#), MdB René Röspel, S. 11063) [Der assistierte Suizid widerspricht zutiefst dem ärztlichen Ethos](#), sich nicht an der Tötung oder Selbsttötung eines Menschen zu beteiligen, und der Menschlichkeit eines jeden.

Der Öffentlichkeit wurde in den letzten Monaten suggeriert, es läge dem Gesetzesentwurf des Abgeordneten Brand lediglich die Absicht zu Grunde, die Gesetzgebung zum assistierten Suizid zu verschärfen. Dabei wurde betont, dass die gewerbsmäßige Beihilfe zum Suizid strafbewehrt verboten werden soll. Dies ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Der zweite Teil des Gesetzes wurde in den Medien meist verschwiegen: Gerade diejenigen Menschen, die nach unserem geltenden Recht eine Garantenpflicht zum Lebensschutz haben, d. h. Angehörige und Nahestehende – auch der Arzt – werden ausdrücklich straffrei gestellt, wo bisher eine strafrechtliche Normierung fehlte.

Dieses Gesetz dürfte nach einem [Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages](#) verfassungswidrig sein.

Das Arbeitsbündnis 'Kein assistierter Suizid in Deutschland' hat vor und nach der Abstimmung in [Pressemitteilungen](#), in einem [Offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten](#) (28.10.2015, bitte runter scrollen) und in [Leserbriefen](#) (FAZ, 06.11.2015) unmissverständlich Stellung genommen. Das Arbeitsbündnis hat in einem [Manifest](#) seine grundsätzliche Position dargestellt und die Zielsetzung aller vier zur Debatte stehenden Gesetzesentwürfe charakterisiert.

[Inhalt](#) ↑

- A. Unzicker, P. Vonnahme: **Vermutung statt Tatsachen: Das Strafrecht auf einem gefährlichen Weg**

Das Strafrecht befindet sich auf einem gefährlichen Weg: Neuerdings können Menschen aufgrund von Vermutungen und Unterstellungen verhaftet werden. So wird einem Bürger unterstellt, der in das Grenzgebiet zwischen Türkei und Syrien reisen wollte, dass er sich in einem Terrorcamp ausbilden lassen, in der Folge schwere Straftaten begehen und damit die BRD gefährden wolle.

Dabei fand erstmals der im Juni dieses Jahres in Kraft getretene Paragraph 89a Abs. 2a des Strafgesetzbuches (StGB) Anwendung. [Der Paragraph knüpft nicht mehr an objektiv überprüfbare Tatsachen an um zu bestimmen, was strafbar ist](#). Damit wird der Willkür Tür und Tor geöffnet. Es droht die Demontage des Rechtsstaats.

Peter Vonnahme war Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof; Dr. Alexander Unzicker ist Jurist, Physiker und Sachbuchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Zeit-Fragen: **Bargeldverbot – der Weg in den Vormundschaftsstaat**

[Nicht nur in den USA gibt es Pläne, das Bargeld abzuschaffen](#). Auch in Europa wird diese Debatte wieder neu initiiert. Was so harmlos als "Bargeldlosigkeit" daherkommt, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Versuch, die Bürger europaweit in die Zange zu nehmen: Sei es durch Minuszinsen, sei es durch Registrierung von Kaufvorgängen, sei es durch Verhindern eines Kaufvorgang durch Sperren der Chipkarte. Selbst George Orwell würde erschauern.

Die Autoren Ulrich Horstmann und Gerald Mann beschreiben in ihrem Taschenbuch ["Bargeldverbot. Alles, was Sie über die kommende Bargeldabschaffung wissen müssen"](#) bereits vollzogene Schritte und mögliche Szenarien zur Abschaffung des Bargelds. Sie beschreiben die dahinter stehenden ökonomischen Überlegungen: Der Sparer soll gezwungen werden, sein Privatvermögen in Konsum oder Anlagen zu investieren, um die Wirtschaft künstlich zu beleben. Um den Plan durchzusetzen, wird das Bargeld mit negativen Assoziationen wie unhygienisch oder Schwarzgeld verknüpft.

Am Ende rufen die Autoren zum Protest auf gegen die Pläne zum Bargeldverbot als eine gefährliche Einschränkung bürgerlicher Freiheiten.

[Inhalt](#) ↑

- **Harald Schumann: Im Steuerparadies Deutschland**

In seinem jüngst erschienenen Buch über die "[Steueroase Deutschland](#)" erhebt der Marburger Politikwissenschaftler Markus Meinzer u.a. den Vorwurf, dass auch in Deutschland Vermögende und Unternehmen jedes Jahr zweistellige Milliardenbeträge auf Kosten der übrigen Steuerzahler sparen, weil die Steuererhebung hoffnungslos veraltet und ineffizient organisiert ist.

Die Bundesrepublik sei zudem längst selbst Teil des Systems der organisierten Steuervermeidung. Schlimmer noch: Deutschland biete für Mafiosi und Kleptokraten aus aller Welt auch ideale Bedingungen, kriminell erworbene Gelder zu waschen. Den Investoren verspricht man, nicht so genau hinzugucken. Mehr als 25% der gesamten Einnahmen aus der Körperschaftssteuer gehen auf die Ergebnisse von Betriebsprüfern zurück. Im Schnitt treibt jeder Prüfer 1,4 Mio. Euro mehr ein, als er selbst kostet.

In der gleichen Größenordnung liegen die Erfolge der Steuerfahnder. Doch wider alle fiskalische Vernunft kürzen die Finanzbehörden seit Jahren die Stellen für Prüfer und Fahnder.

Hierzu passt die aufklärende Broschüre der europäischen Linken "[Lux Leaks: Von Oasen und Briefkästen](#)". Sie "widmet sich den Entwicklungen der letzten Monate, erörtert die skandalösen Tricks der Konzerne, beleuchtet das Versagen der Regierenden und berichtet über die Arbeit im Sonderausschuss 'Steuerbasen' (TAXE) des Europäischen Parlaments."

Harald Schumann ist Tagesspiegel-Redakteur und Autor zu Fragen der wirtschaftlichen Macht und der Finanzindustrie. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **US-Friedensrat: Offener Brief des US-Friedensrates an die globale Friedensbewegung**

In einem offenen Brief des US-Friedensrates an die globale Friedensbewegung setzt sich dieser mit der Bedeutung der Krisenherde Syrien und Ukraine auseinander, wo seiner Meinung nach das Potential zu einer Eskalation zu einem Atomkrieg gegeben ist. Als Ursache wird das Streben der USA gesehen, als einzige Supermacht zu verbleiben, welche die ganze Welt einseitig dominiert.

Das daraus resultierende Leitprinzip der US-Politik ist in dem Dokument "Amerikas Verteidigung, Wiederaufbau: Strategie, Kräfte und Mittel für ein neues Jahrhundert" beschrieben und gilt auch aktuell noch. "Derzeit haben die Vereinigten Staaten keinen globalen Rivalen. Amerikas Strategie sollte darauf abzielen, diese vorteilhafte Position zu erhalten und zu erweitern, so weit wie möglich in die Zukunft hinein." Die Militärmacht der NATO wird als globaler Vollstrecker benutzt.

[Der US-Friedensrat ruft dazu auf, die Aggressionen zu stoppen](#), bevor wir uns mit den Reaktionen der Opfer auf die Aggression befassen. Dazu muss zu diplomatischen Verhandlungen unter Einbeziehung aller relevanten Mächten und Länder zurückgekehrt werden, die Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder aufhören, die NATO aufgelöst werden.

Der 'Peace Council' ist eine facettenreiche Gruppe gläubiger und intellektueller Personen, die international bekannt und geachtet werden. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Daniele Ganser: "Eine große Frage ist, ob Saudi Arabien stabil bleibt"**

Die UN-Charta sagt ganz klar: Kein Land darf ein anderes Land angreifen. Gewalt ist verboten, außer der Sicherheitsrat erteilt ein Mandat. Doch leider wurde die UNO in den vergangenen 70 Jahren sehr oft sabotiert.

Der Angriff der USA auf den Irak 2003, an dem auch Großbritannien teilnahm, erfolgte ohne UNO-Mandat, das war ein ganz grober Verstoß gegen die UN-Charta. Zudem wird oft verdeckte Kriegsführung eingesetzt, um Macht und Einfluss zu sichern. 1953 haben die USA und die Briten mit ihren Geheimdiensten die demokratisch gewählte Regierung im Iran gestürzt, weil diese das

Erdöl verstaatlicht hatte. Das war völlig illegal und gegen die UNO-Regeln. [Der Kampf um Erdöl und Erdgas hat oft illegale Wege genommen](#) und der UNO sehr geschadet.

Trotzdem bleibt die UNO ein Ort, an welchem sich alle Länder der Welt treffen können, wo man zusammen spricht. Sie bleibt daher in einer Welt mit großen Problemen eine ganz wichtige Institution.

Siehe auch die Rede des Papstes vor der UNO ([Zitat des Monats](#)). Daniele Ganser ist Schweizer Friedens- und Energieforscher. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Volker Bräutigam: **MH17 und die westliche Wertegemeinschaft**

Aufgrund der "Ermittlungsarbeit" der niederländischen Flugsicherheitsbehörde OVV soll die Weltöffentlichkeit glauben, dass die Boeing 777 der Malaysian Airlines mit einer Boden-Luft-Rakete vom russischen Typ BUK über der Ukraine abgeschossen wurde. Und zwar "abgeschossen über der Ostukraine".

Das soll nahe legen, dass ostukrainische Autonomisten oder gar russische Streitkräfte die BUK abgefeuert hätten. Weshalb es angeraten erscheint, [Basis und Motiv dieses neuerlichen Propagandastücks](#) bloßzulegen: Die Internationale Zivilluftfahrtsbehörde ICAO sowie das NATO-Mitglied Niederlande stehen unter maßgeblichem Einfluss der USA. Malaysia und Russland sind in der Kommission nicht vertreten. Hunderte Seiten der Ermittlungsakten bleiben geheim.

Die Kommission ignoriert, dass das Flugzeug schon tief im westukrainischen Luftraum getroffen worden sein muss. Es gab keine unabhängige Obduktion der Leichen. Ob diese von Raketen-splittern oder Kugel getötet wurden, bleibt unklar. Die offensichtlichen Kugelspuren am Wrack werden übergangen. Die USA steuern keine Information von ihrer lückenlosen Satellitenüberwachung bei.

Volker Bräutigam ist deutscher Publizist, der schon verschiedene Programmbeschwerden wegen unsauberer Medienberichterstattung einlegte. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Rainer Rupp: **Tiefschläge für Washington**

Innerhalb kürzester Zeit ist den USA die Kontrolle über den Irak entglitten. Der Irak dringt darauf, seine Angelegenheiten selbst zu regeln, nachdem sie nach 13 Jahren erkennen mussten, dass die USA kein Interesse an der Vernichtung des IS haben.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich bereits in Jordanien ab, das nun bei der Bekämpfung der Terrormilizen "Islamischer Staat" (IS) und Al-Nusra-Front lieber mit Russland und Iran zusammenarbeitet.

Das ist das vorläufige Resultat einer beispiellosen Fehlkalkulation Washingtons, das sich mit seinen Umsturzplänen für Syrien in eine ausweglose Situation manövriert hat und nun [eine Demütigung nach der anderen](#) erfährt. Selbst die Regierung in Afghanistan hat Moskau um Militärhilfe gebeten. Und sogar der stets ängstliche UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat nun den Mut gefunden, die USA wegen ihrer Syrien-Politik scharf zu verurteilen.

Rainer Rupp, Ex-Spion der DDR in der NATO, schreibt für die 'jungeWelt'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Mehr Demokratie: **Eine Erfolgsgeschichte: 20 Jahre Bürgerentscheide in Bayern!**

Der Volksentscheid zum kommunalen Bürgerentscheid in Bayern jährt sich nun zum zwanzigsten Mal. Am 01.10.1995 stimmte das bayerische Volk für den Ausbau seiner eigenen Rechte auf kommunaler Ebene. Es handelte sich also um eine Abstimmung vom Volk für das Volk.

Ein Selbstläufer könnte man meinen. Doch [bis zu deren erfolgreichen Gelingen war es ein langer Weg](#). In Bayern bestand zwar auf Landesebene die Möglichkeit auf Mitbestimmung durch ein duales System von Volksbegehren und Volksentscheid, jedoch gab es auf der kommunalen Ebene keine direkt-demokratischen Instrumente.

Eine Analyse von 'Mehr Demokratie e.V.' und ein Gespräch über den Entscheid und seine Folgen mit Peter Gauweiler (CSU), verantwortlich für einen der ersten Bürgerentscheide nach den neuen Regeln, und Christian Ude (SPD), damals Oberbürgermeister der Stadt München.

Mehr Demokratie e.V. ist weltweit die größte Nichtregierungsorganisation für direkte Demokratie; sie ist überparteilich und gemeinnützig. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Rudolf Fußi: Diese EU ist nicht gefährdet, sie ist tot**

Die EU ist zum Handlanger reiner Marktinteressen und deren Vertreter verkommen. Das hat im Übrigen per se nichts mit Marktwirtschaft zu tun. Nein, wir erleben die [Entdemokratisierung Europas und seiner Nationalstaaten in einem schier erschreckenden Ausmaß](#).

In funktionierenden Demokratien wäre es undenkbar, dass sich Finanz- und Industrieoligopole einen ganzen Kontinent, ja eine ganze Welt so herrichten, wie sie wollen: Datenschutz? Wurscht. Alle Menschen werden überwacht? Wurscht. Die Anhäufung von Kapital und damit Macht in den Händen einzelner weniger Player? Wurscht. Ist halt so. Gottgewollt.

Nein, es ist nicht gottgewollt. Es sind die Taten der Täter, die uns diese Situation bescheren. Entweder erleben wir eine weitere Entdemokratisierung, einen Zerfall Europas, die unaufhaltsame Ökonomisierung aller Lebensbereiche, wenn man so will einen autoritären Kapitalismus, noch mehr Überwachung, weiter sinkende Kaufkraft, das Verschwinden des Mittelstandes, eine neo-feudale Diktatur des "Geldadels", oder: Aus diesen Trümmern entstehen neue, echte Demokratien, die sich das Primat des Handelns zurückholen und die Interessen des einen Prozents zurückdrängen.

Rudolf Fußi ist österreichischer PR-Berater, Unternehmer und politischer Aktivist. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage www.volksinitiative-esm-austritt.de erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.